

Zum Leserbrief v. Michael Stoschek v. 6./7.März 2010

„Ist ein Beweis überhaupt noch nötig“

Stellungnahme der Altstadtfreunde Coburg e.V. zum Schlusssatz des Artikels:

„Anstatt sich über das Klima im Stadtrat zu beschweren und lästige Fragen der Opposition unbeantwortet zu lassen, sollte der OB mit guten Vorsätzen ins neue Jahr gehen und durch offene und ehrliche Informationspolitik ein konstruktives Klima schaffen.“

Was Herr Stoschek hier für die Opposition im Stadtrat anmahnt, vermissen auch viele Coburger Bürger.

Auf Betreiben der Altstadtfreunde Coburg e.V. haben Bündnis 90/Die Grünen in der Januar-Sitzung 2010 des Stadtrats einen Antrag auf Verabschiedung einer Informationsfreiheitssatzung gestellt.

Sie wurde in den Geschäftsgang verwiesen.

Diese Satzung ermöglicht den Bürgern, bei der Stadtverwaltung und den von der Stadt dominierten Unternehmen Akteneinsicht zu nehmen, ohne besonderes Interesse nachweisen zu müssen.

In vielen Bayerischen Kommunen gilt eine derartige Satzung.

Demokratie erfordert Transparenz und Kontrolle. Jeder Bürger hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie sich die Kommune engagiert.

Nur so kann er bei der Stadtentwicklung auch mitwirken.

Gerade im Hinblick auf die Sanierung der Ketschenvorstadt sind viele Bürger sehr verunsichert. Sie müssen in den Planungsprozess miteinbezogen werden.

Über die Bedürfnisse von 40 000 Bürgern kann nicht von einem Planungsbüro hinter verschlossenen Türen entschieden werden.

Eine bloße Anhörung der Bürger nach Beschlussfassung im Stadtrat verhindert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Stadträten, als Vertretern der Bürger, und den Bürgern selbst.

Die Altstadtfreunde Coburg e.V. fordern hiermit die Stadt auf, in der nächsten Sitzung des Stadtrates eine Informationsfreiheitssatzung zu beschließen.

Es gibt kein Gesetz, das Informationsfreiheit verbietet.

Christa Minier, Altstadtfreunde Coburg e.V., Vorsitzende